

# Vermögensentwicklung privater Haushalte

Erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1973

Insbesondere in konjunkturpolitisch ungewissen Situationen, die, wie momentan, durch Preissteigerungen und anhaltende Geldentwertung gekennzeichnet sind, rücken Fragen der Vermögensbildung in den Mittelpunkt allgemeinen Interesses. In der vermögenspolitischen Diskussion gewinnt die *gerechte Verteilung* der Vermögensbestände auf verschiedene soziale Schichten der Bevölkerung eine besondere Bedeutung. Als ein noch bestehender Mangel erscheint deshalb die Tatsache, daß die amtliche Statistik auf diesem Gebiet Lücken aufweist, obwohl gerade sie geeignet erscheint, einen Beitrag zur Versachlichung der anstehenden Probleme zu liefern. Um diesem Mangel – zumindest für Baden-Württemberg – annähernd zu begegnen, wurde Anfang des Jahres vom Statistischen Landesamt eine landesinterne Vermögensbefragung als Zusatzerhebung zu der im ganzen Bundesgebiet stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe durchgeführt. Erstmals besteht nun die Möglichkeit, mit Hilfe der gewonnenen Daten Vermögensvergleiche unter verschiedenen sozialen Gruppen auch rückblickend auf das Jahr 1969 anzustellen.

## Der Kreis der befragten Haushalte

Die Teilnahme an der genannten Zusatzerhebung war grundsätzlich freiwillig; um so ermutigender erscheint deshalb die Bereitwilligkeit von mehr als 8300, und damit fast allen an der EVS mitwirkenden Privathaushalten, über ihre Vermögensverhältnisse Auskunft zu geben.

Da wegen der Freiwilligkeit der Teilnahme die Auswahl der Haushalte nicht ausschließlich nach dem Zufallsprinzip erfolgen konnte, wird durch diese „Stichprobenerhebung“ die Bevölkerung des Landes nicht getreu widerspiegelt. Dementsprechend können die gewonnenen Angaben von 400 Haushalten Selbständiger, 1178 Beamtenhaushalten, 3031 Angestelltenhaushalten, 1730 Arbeiterhaushalten, 1699 Haushalten

von Nichterwerbstätigen und 289 Haushalten von Landwirten kein gesichertes repräsentatives Bild der Vermögenssituation in Baden-Württemberg vermitteln; dieser Besonderheit war sowohl bei der Darstellung als auch der Interpretation der Ergebnisse Rechnung zu tragen.

Die auszufüllenden Vermögensbogen wurden im Januar dieses Jahres im Zusammenhang mit der Abnahme der Grundinterviews an die Haushalte verteilt. Gegenüber 1969, dem Jahr der ersten derartigen Befragung, ist der Erhebungsbogen hinsichtlich seines Umfangs und Inhalts noch erweitert worden. Beispielsweise wurde erstmals der Versuch unternommen, das vorhandene Betriebsvermögen zumindest der Größenordnung nach zu erfassen. Auch sind einzelne Sammelpositionen, wie zum Beispiel die Schulden, nun untergliedert nach Schuldenarten, darzustellen. Diese Erweiterung des Fragenkatalogs ermöglicht zwar einerseits neue Erkenntnisse, andererseits ist dafür die Vergleichbarkeit mit Ergebnissen von 1969 nicht mehr in allen Teilen gegeben.

Als Folge der freiwilligen Teilnahme, der Anlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der zeitlichen Entwicklung sind die 1973 mitwirkenden Haushalte nicht identisch mit dem Teilnehmerkreis des Jahres 1969. Auch die Struktur des Befragtenkreises ist unterschiedlich. Beispielsweise sind dieses Mal mehr Beamten- und Angestelltenhaushalte, aber weniger Haushalte von Arbeitern und Selbständigen in der Untersuchung vertreten als vor vier Jahren. Insofern sind Vergleiche, die sich nicht auf eine soziale Schicht, sondern auf die Gesamtmasse der Haushalte beziehen, unter methodischem Vorbehalt zu beurteilen.

Der besseren Übersicht wegen werden die wesentlichen Ergebnisse der Befragung in einzelnen Punkten, die im folgenden zu erläutern sind, grob zusammengefaßt dargestellt:

Während der vergangenen vier Jahre

- fanden Verlagerungen innerhalb der Präferenzskala der Geldanlage statt
- haben Vermögensbestände und Schulden in allen sozialen Schichten beträchtlich zugenommen (die Vermögen in absoluten Werten stärker)
- übertraf jedoch *relativ* der Schuldenzuwachs die Vermögenssteigerung
- war die Vermögenszunahme in erster Linie bestimmt durch das Streben nach Haus- und Grundbesitz
- sind bei einzelnen soziologischen Gruppen starke Abweichungen in der Verteilung von Vermögen und Schulden festzustellen.

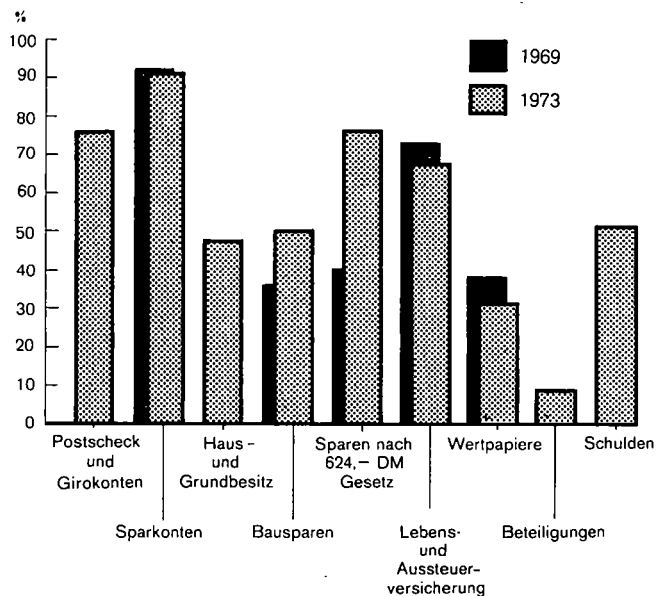
## Kontensparen weiterhin an der Spitze

Ein erster Blick auf das *Schaubild 1* vermittelt eine Übersicht über den jeweiligen Anteil der Haushalte, die sich für eine bestimmte Vermögensanlage entschieden haben. Außerdem werden durch teilweise Gegenüberstellung der Ergebnisse aus den Jahren 1969 und 1973 die Verlagerungen innerhalb der einzelnen Anlagearten deutlich.

Demnach rangiert nach wie vor das Sparbuch an erster Stelle in der Beliebtheitsskala der Vermögensanlagen: 92 von hundert Haushalten und damit gleich viele wie 1969 verfügten über ein oder mehrere Sparkonten. Daß sich diese Sparform trotz der Ende 1972 noch niedrigen Zinssätzen bei Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist durchzusetzen vermochte, läßt aufgrund anderer fundierter Untersuchungen<sup>1</sup> den Schluß zu, daß ein Großteil der Gelder längerfristig und damit zins-

Schaubild 1

Die an der Vermögensbefragung 1969 und 1973 teilnehmenden Haushalte nach Vermögensanlagen in %



<sup>1</sup> Vgl. Sparkasse, Heft 4, 1973 (90. Jahrgang), S. 111.

Tabelle 1  
**Durchschnittliche Vermögenswerte der an der EVS<sup>1)</sup> 1969 und 1973 beteiligten Haushalte nach ausgewählten Anlageformen in 1000 DM je Haushalt am 1. Januar 1969 und 1. Januar 1973**

Art Schichtmerkmal	Guthaben insgesamt			Davon														Schulden insgesamt		
	1969	1973	Zu- nahme 1973 gegen 1969 in %	auf Giro- und Post- scheck- konten		auf Spar- konten		Haus- und Grund- besitz		Bauspar- guthaben		Guthaben bei Lebens- und Aussteuer- ver- sicherung		Wert- papiere		Be- teiligungen		1969	1973	Änderung 1973 gegen 1969 in %
				1969	1973	1969	1973	1969	1973	1969	1973	1969	1973	1969	1973	1969	1973			
Selbständige .....	165,0	230,1	39,4	2,8	3,0	7,0	10,9	124,5	167,0	5,2	8,7	8,9	13,2	7,1	12,5	9,5	14,8	27,7	45,5	64,3
Beamte .....	54,0	95,8	77,4	1,3	1,7	5,0	7,3	40,4	73,2	3,0	6,4	2,1	3,4	1,9	3,4	0,2	0,4	11,1	22,7	104,5
Angestellte .....	53,6	89,0	66,0	1,0	1,7	4,8	7,1	38,9	64,2	2,7	5,1	3,4	5,6	2,2	4,2	0,5	1,1	9,7	18,4	89,7
Arbeiter .....	40,6	72,2	77,8	0,5	0,8	3,5	6,8	33,2	57,1	1,7	3,1	1,3	2,5	0,4	1,3	0,1	0,6	6,3	11,2	77,8
Nichterwerbstätige .....	48,5	67,3	38,8	0,9	1,3	6,3	8,8	35,4	47,5	1,4	1,9	0,7	1,2	3,6	5,8	0,2	0,8	4,3	4,5	0,5
Landwirte .....	212,1	296,1	39,6	2,4	3,2	5,8	9,3	197,9	273,7	2,5	3,2	2,6	4,2	0,4	2,0	0,4	0,5	35,8	64,0	78,8
1 Person .....	31,3	41,8	33,5	0,8	0,8	4,0	6,1	22,2	28,3	1,0	1,6	0,7	0,9	2,0	3,5	0,2	0,6	2,8	3,9	39,3
2 Personen .....	62,2	77,2	24,1	1,1	1,6	6,2	8,8	46,2	53,5	2,3	3,8	2,0	2,8	3,4	5,5	0,7	1,2	6,1	9,9	62,3
3 Personen .....	66,1	83,6	26,5	1,1	1,4	5,3	7,9	50,2	59,6	2,7	5,1	2,6	3,9	2,6	4,1	1,5	1,6	10,4	14,8	42,3
4 Personen .....	80,4	107,5	33,7	1,1	1,5	4,6	6,9	66,0	84,0	2,8	4,9	3,4	5,4	1,6	3,5	1,2	1,3	14,1	22,4	58,9
5 Personen und mehr .....	111,5	147,8	32,6	1,4	2,1	4,6	7,2	96,3	121,4	2,7	4,9	3,9	6,3	1,4	3,8	2,3	2,1	24,0	31,1	29,6
unter 300 DM .....	23,8	89,5	76,1	0,2	2,3	2,4	5,9	19,0	76,6	0,4	2,8	0,5	0,4	1,2	0,8	0,0	0,7	2,5	14,5	80,0
300 bis 600 DM .....	26,1	51,5	97,3	0,5	0,9	3,5	5,3	19,8	40,8	0,7	1,1	0,4	0,7	1,1	2,5	0,1	0,2	2,0	2,4	20,0
600 bis 800 DM .....	33,8	85,3	152,4	0,6	1,3	3,9	6,0	25,6	72,7	1,3	1,6	1,0	1,3	1,3	1,6	0,2	0,8	3,8	10,4	173,7
800 bis 1200 DM .....	42,1	84,2	100,0	0,7	1,2	4,4	7,0	32,5	68,5	1,7	2,3	1,5	2,3	1,0	2,4	0,2	0,5	5,8	15,1	160,3
1200 bis 1800 DM .....	60,7	71,5	17,8	1,2	1,2	5,4	7,0	46,2	54,0	2,9	3,2	2,7	2,8	1,9	2,7	0,4	0,8	11,2	11,0	- 1,8
1800 bis 2500 DM .....	136,7 <sup>2)</sup>	95,3	-	2,5 <sup>2)</sup>	1,6	8,1 <sup>2)</sup>	7,5	99,2 <sup>2)</sup>	70,5	5,4 <sup>2)</sup>	5,6	7,2 <sup>2)</sup>	4,7	9,0 <sup>2)</sup>	4,7	5,3 <sup>2)</sup>	0,7	23,7 <sup>2)</sup>	18,6	-
2500 bis 5000 DM .....	-	168,3	-	-	3,0	-	9,9	-	124,1	-	8,1	-	9,4	-	9,5	-	4,3	-	35,9	-

<sup>1)</sup> Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. - <sup>2)</sup> 1800 DM und mehr.

günstiger angelegt war. Demzufolge hätte die zunehmende Geldentwertung als *positive Nebenerscheinung* ein wachsen des Renditebewußtsein der Anleger mit sich gebracht.

Zu einer auffallend populären Geldanlage hat sich mittlerweile auch das 624-DM-Sparen entwickelt. Während 1969 nur 40% aller befragten Haushalte *vermögenswirksam* sparten, waren es am ersten Januar dieses Jahres bereits mehr als drei Viertel (77%). Damit verdrängte das prämienbegünstigte Sparen das noch 1969 mit 74% Häufigkeit hinter dem Sparkonto an zweiter Stelle liegende Versicherungssparen auf den dritten Platz (69%). Diesem Ergebnis zufolge hat sich die Aufstockung von 312 DM auf 624 DM als zusätzlicher Anreiz für diese günstige, weit gestreute Sparform herausgestellt.

Auch das Bausparen erfreut sich noch größerer Beliebtheit als vor vier Jahren; heute verfügt bereits jeder zweite Haushalt über ein Bausparguthaben, 1969 war es noch jeder dritte. Damit steht Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern weit an der Spitze.

Neben dem Bausparen hat vor allem der Haus- und Grundbesitz an Bedeutung gewonnen. Fast die Hälfte aller an der Untersuchung teilnehmenden Haushalte gab an, über Grundvermögen zu verfügen. Diese Entwicklung demonstriert einmal den weitverbreiteten Wunsch nach einem Eigenheim oder einer Eigentumswohnung, zum anderen wohl das Streben der Bevölkerung, bei einer schleichenden Geldentwertung in Sachwerte auszuweichen.

Mit 32% haben anteilmäßig weniger Haushalte als 1969 (39%) Aktienkapital gebildet. Dieses Resultat könnte jedoch unter anderem auch auf den 1969 und 1973 unterschiedlich strukturierten Kreis befragter Haushalte zurückzuführen sein und sollte demnach weniger als Beliebtheitsminderung interpretiert werden. Möglicherweise hat auch ein gewisser Vertrauensschwund in die Investmentanlagen zu diesen Ergebnissen geführt.

Diese für den gesamten Kreis teilnehmender Haushalte zutreffenden allgemeinen Aussagen lassen sich wesentlich erhärten und spezifizieren, wenn die durchschnittlichen Vermögenswerte pro Haushalt schichtenspezifisch (soziale Stellung des Haushaltvorstands, Haushaltsgröße, Einkommenshöhe der Familie) betrachtet werden.

## Vermögen und Vermögenszuwachs schichtabhängig

Durchweg konnte seit 1969 in allen sozialen Gruppen vermehrt Vermögen gebildet werden (vgl. *Tabelle 1*). Bei Arbeiterhaushalten stieg das Grund- und Kapitalvermögen durchschnittlich von 40 600 DM 1969 auf 72 200 DM Anfang dieses Jahres an, was einer Steigerung um rund 78% entspricht. Mit einem Vermögenszuwachs von 77% auf 95 800 DM weisen die Beamtenhaushalte die zweitgrößte Steigerungsrate auf. Es folgen die Angestellten (66%), Landwirte (40%), die übrigen Selbständigen und die Nichterwerbstätigen mit jeweils rund 39%.

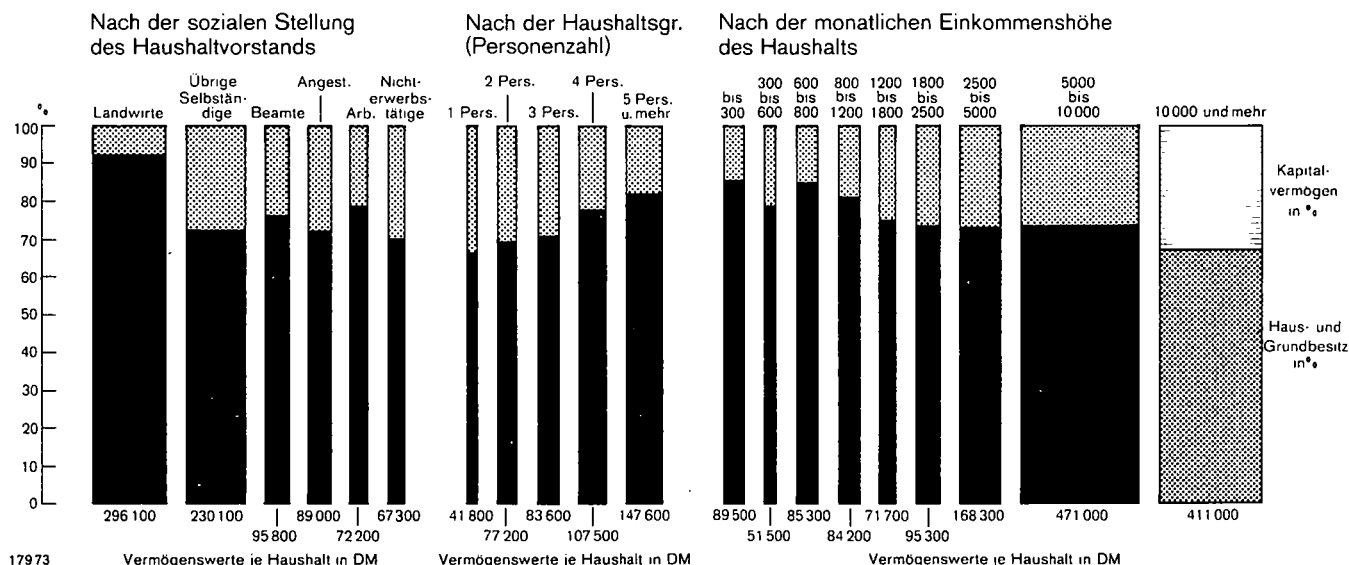
Demzufolge hätten Arbeiter und Beamte durchschnittlich relativ am meisten, Rentner am wenigsten von der allgemeinen Vermögensentwicklung profitiert. Werden neben den Zuwachsraten gleichzeitig die absoluten Vermögenswerte berücksichtigt, stellt sich die Situation etwas anders dar. An der Spitze der Rangfolge stehen dann mit weitem Abstand die Landwirte (296 100 DM), gefolgt von den übrigen Selbständigen (230 100 DM), den Beamten (95 800 DM), den Angestellten (89 000 DM), den Arbeitern (72 200 DM) und den Rentnern mit 67 300 DM. Die zuletzt genannte Gruppe ist demnach sowohl bezüglich des Vermögens als auch des Vermögenszuwachses am schlechtesten gestellt.

## Überwiegend Haus- und Grundbesitz

Diese vorgenannten, durchweg erstaunlich hohen Vermögenswerte pro Haushalt erscheinen plausibler bei näherer Betrachtung der Vermögenszusammensetzung. In allen Schichten stellt sich nämlich das Verhältnis von Kapital- und Grundvermögen eindeutig zugunsten des Haus- und Grundbesitzes dar, worüber *Schaubild 2* Aufschluß gibt. Den Angaben über das Grundvermögen liegen die jeweiligen Verkehrs- oder Verkaufswerte zugrunde. Sofern diese Größen den Haushalten nicht bekannt waren, konnten sie Schätzwerte nach den örtlichen Durchschnittspreisen angeben.

Während sich bei der Gliederung nach der sozialen Stellung zwischen den Arbeitnehmerhaushalten einschließlich der

# Das durchschnittliche Vermögen der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 beteiligten Haushalte (Gesamtwerte je Haushalt)



Haushalte von Rentnern eine ziemlich gleichmäßige Verteilung des Grundvermögens zeigt, liegen die entsprechenden Werte pro Haushalt bei den Landwirten und übrigen Selbständigen auffallend höher. Dies erscheint durchaus verständlich, da der Grundbesitz bei Landwirten die Arbeitsgrundlage und bei Selbständigen außerdem die Basis einer Altersversorgung darstellt, welche bei den übrigen Arbeitnehmerhaushalten auf dem Wege über die Sozialversicherung erworben wird. Dieser Sachverhalt stößt eng an die Definitionsgrenzen des Vermögensbegriffes.

Erwartungsgemäß nimmt mit der Haushaltsgröße auch der Haus- und Grundbesitz zu. Es ist durchaus verständlich, daß kinderreiche Familien, die häufig mit großen Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche konfrontiert werden, nach einem eigenen Heim streben und dadurch aber auch eine, wie später zu zeigen sein wird, relativ hohe Verschuldung in Kauf nehmen.

Die Übersicht nach der Einkommenshöhe demonstriert erneut<sup>2</sup> eine eindeutige wertmäßige Konzentration des Grundvermögens bei den höheren Einkommensgruppen (vgl. *Schaubild 2*). Beispielsweise verfügen rund 62% aller Haushalte in der Einkommensgruppe von 2500 bis 5000 DM über Haus- und Grundbesitz; auf einen Haushalt dieser Schicht entfällt im Durchschnitt ein Grundvermögen von 124 000 DM. Demgegenüber haben nur 44% der Haushalte mit einem monatlichen Nettoverdienst von 1200 bis 1800 DM Haus- und Grundbesitz angegeben; der Durchschnittshaushalt dieser mittleren Einkommensgruppe hatte mit 54 000 DM Grundvermögen wertmäßig nicht einmal die Hälfte des entsprechenden Vermögensbetrags eines Haushalts der höheren Einkommensstufe zur Verfügung.

Am Schaubild 2 lassen sich auch die eingangs erwähnten Grenzen der Erhebung demonstrieren: Die offenbar zu geringe Feldbesetzung (Unterrepräsentation) der Haushalte mit hohen Monatseinkommen von 10 000 und mehr DM führt wider Erwarten zu geringeren Vermögenswerten als bei der Einkommensgruppe von 5000 bis 10 000 DM, die noch ausreichend besetzt ist. Der Erkenntniswert beschränkt sich eher auf die „Breite Masse“ als auf extremen Verhältnisse, so daß auf deren Darstellung, wie hier der Einkommensgruppe von 10 000 und mehr DM, verzichtet werden muß.

Daß speziell beim Grundeigentum ererbtes Vermögen keine unbedeutende Rolle spielt, läßt sich daraus ableiten, daß nicht nur in den oberen, sondern auch in den unteren Einkommensstufen rund jeder dritte Haushalt ein Wohnhaus und jeder sechste Haushalt Gartenland besitzt. Mit durchschnittlich 10% liegt der Anteil der Haushalte mit einer Eigentumswohnung insgesamt unter den vorgenannten Quoten; er nimmt aber deutlich mit steigendem Einkommen – von rund 3% bei Haushalten mit einem Verdienst bis zu 600 DM auf rund 28% in der Einkommensgruppe 5000 DM und mehr – zu. Voll ausgleichend zwischen den sozialen Schichten wirkt jedoch der ererbte Besitz nicht: 30% der Rentnerhaushalte, 37% der Arbeiterhaushalte, aber 48% der Haushalte von Selbständigen nennen Wohnhäuser ihr Eigen; demgegenüber gaben jeweils 6% der Rentner- und Arbeiterhaushalte, 11% der befragten Haushalte von Angestellten und 14% der Selbständigenhaushalte an, eine Eigentumswohnung zu besitzen.

## Betriebsvermögen einstweilen noch nicht nachweisbar

Der Wunsch, eine Übersicht über das Vermögen privater Haushalte möglichst umfassend anzulegen, führte zu einem ersten Versuch, auch die betrieblichen Vermögenswerte in den Fragekatalog einzubeziehen. Da erfahrungsgemäß mit einer Unterrepräsentation der Haushalte mit Betriebsbesitz zu rechnen war, konnte es sich nurmehr um einen ersten Test handeln. Dementsprechend wurden auch die Fragen nach dem Verkehrswert des Betriebsvermögens sehr weit gefaßt. Von den nur etwa 160 Haushalten mit Angaben zu betrieblichem Vermögen läßt sich noch kein repräsentatives Bild gewinnen. Vielmehr verdeutlichen sich hier die Grenzen des auf freiwilliger Teilnahme beruhenden Quotenverfahrens; es zeigt sich aber ebenso, daß die vielfach gewünschte Komplettierung statistischer Vermögensübersichten zwar durchaus möglich ist, allerdings nicht ohne eine dezidierte Willenserklärung des Gesetzgebers.

## Größtes Kapitalvermögen bei den Selbständigen

Mit durchschnittlich 63 100 DM, das sind rund 27% ihres gesamten Vermögens, haben die Selbständigen das höchste Geldvermögen aller sozialen Schichten. Darüber hinaus sind sie in sämtlichen Bereichen der Kapitalanlage am besten gestellt (vgl. *Tabelle 1*). Es darf nicht verwundern, daß schwer-

<sup>2</sup> Vgl. Möglichkeiten und Grenzen der Vermögensermittlung für Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1, 1970.

punktmäßig besonders Beteiligungen (rund 15 000 DM), der Wertpapierbesitz (13 000 DM), und Guthaben bei Lebens- und Aussteuerversicherungen mit durchschnittlich 13 000 DM zu Buche schlagen. Da gerade die Selbständigen nicht in die allgemeine gesetzliche Rentenversicherung integriert sind, sind sie gezwungen, durch entsprechende andere Vorsorgemaßnahmen einen Ausgleich für die Zukunftssicherung zu schaffen. Bei den sonstigen Arbeitnehmerhaushalten einschließlich der Haushalte von Nichterwerbstätigen sind wertmäßig keine größeren Unterschiede hinsichtlich des Kapitalvermögens festzustellen. Mit durchschnittlich 15 000 DM weisen Arbeiterhaushalte hinter den Rentnerhaushalten (20 000 DM) das geringste Geldvermögen auf und stehen somit an letzter Stelle der Rangfolge.

Während das zur Sicherung der Ausbildung, der Aussteuer und sonstigen Vorsorge angesammelte Versicherungsprämienkapital mit der Haushaltsgröße und einem steigenden verfügbaren Einkommen anwächst, sind die höchsten Sparanlagen und der größte Aktienbesitz bei Zweipersonenhaushalten anzutreffen.

Das Gewicht der einzelnen Anlageformen des Kapitalvermögens sowie deren im Vergleich zu 1969 durchweg gestiegene Vermögensbeträge gehen aus *Tabelle 1* hervor. Neben zinsbringenden Anlageformen weisen beachtliche liquide Mittel an Giralgeld weniger auf unmittelbare Vermögensbildung als vielmehr auf umfangreiche wirtschaftliche Transaktionen hin.

Bei allen Arbeitnehmerhaushalten einschließlich der Haushalte von Nichterwerbstätigen ist eine ziemlich gleichmäßige Verteilung und breite Streuung der durchschnittlichen Guthaben auf Sparkonten zu erkennen. Sowohl bei Bausparguthaben als auch beim Wertpapierbesitz wird diese einheitliche Linie durchbrochen. Zwar haben die durchschnittlich angelegten Vermögenswerte in den vergangenen vier Jahren bei allen beteiligten Haushaltsgruppen beachtlich zugenommen,

Schaubild 3

### Die Entwicklung der Spartätigkeit in Baden-Württemberg

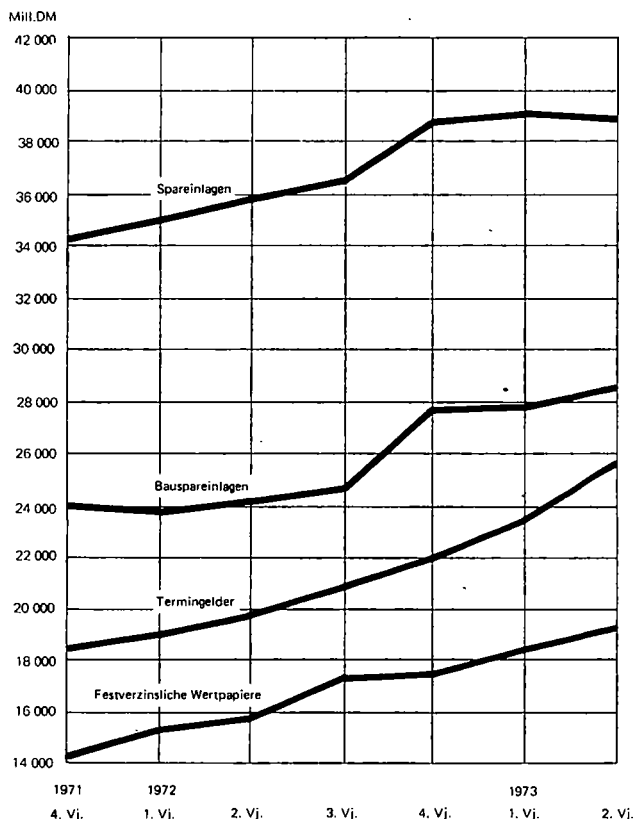
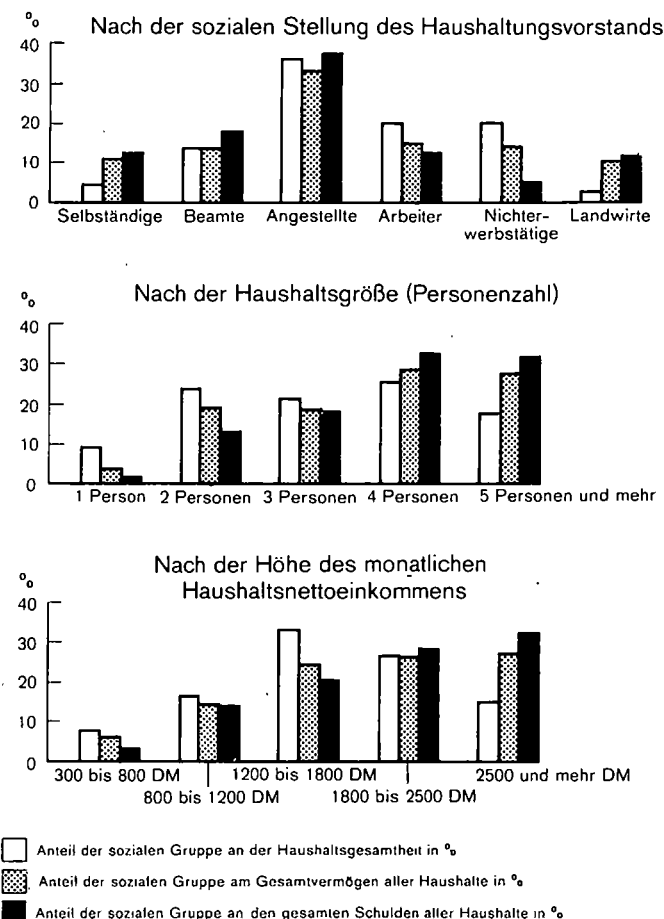


Schaubild 4

### Verteilung der Vermögensbestände und Schulden der an der EVS 1973 (Vermögensbefragung) teilnehmenden Haushalte nach Schichtmerkmalen



die absoluten Anlagebeträge der Beamten- und Angestelltenhaushalte werden jedoch von den Haushalten der Arbeiter und Rentner im Durchschnitt bei weitem nicht erreicht.

### Tendenz zu renditbewußtem Verhalten

Aufgrund der Ausweisungen der Landeszentralbank Baden-Württemberg zeigen die Sparer besonders seit der Jahreswende 1972/73 ein verändertes Sparverhalten. Statt der normalen Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist, die im 2. Quartal 1973 erstmals einen Rückgang verzeichnen, werden mit anhaltendem Preisauftrieb höher verzinsliche Anlageformen bevorzugt, wie die Zunahme der längerfristig angelegten Termingelder sowie der gesteigerte Absatz an festverzinslichen Wertpapieren verdeutlichen (vgl. *Schaubild 3*).

### Jeder zweite Haushalt hat Schulden

Es wäre allerdings einseitig betrachtet, wollte man den Vermögensbeständen nicht auch die Schulden der Haushalte gegenüberstellen. Welche enge Beziehung zwischen dem Vorhandensein von Immobilienvermögen einerseits und beanspruchten Fremdmitteln andererseits besteht, veranschaulicht die zunehmende Verschuldung der Haushalte, insbesondere deren Aufgliederung nach einzelnen Schuldenarten (vgl. *Tabelle 2*). Die Verhältnisse bei Beamtenhaushalten, die mit 105% Schuldenzuwachs während der vergangenen vier Jahre die höchste Steigerungsrate aller Schichten aufweisen, sollen stellvertretend für die anderen sozialen Gruppen als Beispiel angeführt werden. Der Großteil ihrer Schulden bestand An-

Tabelle 2  
Durchschnittliche Verschuldung pro Haushalt nach Schuldenarten in 1000 DM

Art Schicht	Schulden insgesamt	davon					
		auf Giro- konten	Warenkredite, Teil- zahlungsschulden	Hypotheken- u. Grundschulden	Darlehen, Kredite	Beleihungen u. Versicherungen	Sonstige Schulden

Nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes							
Selbständige .....	45,5	5,6	0,8	24,8	11,1	0,9	2,3
Beamte .....	22,7	0,3	0,2	16,3	4,9	0,3	0,7
Angestellte .....	18,4	0,6	0,4	12,5	4,2	0,1	0,6
Arbeiter .....	11,2	0,8	0,1	6,2	3,5	0,2	0,4
Nichterwerbstätige .....	4,5	0,2	–	3,2	1,1	–	0,1
Landwirte .....	64,0	2,4	0,9	30,3	28,2	0,6	1,6

Nach der Haushaltsgröße							
1 Person .....	3,9	0,2	0,2	2,3	1,0	–	0,2
2 Personen .....	9,9	0,4	0,1	6,3	2,5	0,2	0,4
3 Personen .....	14,8	0,6	0,2	9,1	4,1	0,2	0,6
4 Personen .....	22,4	0,9	0,1	15,2	5,3	0,3	0,6
5 Personen und mehr .....	31,1	1,8	0,4	18,2	9,3	0,3	1,1

Nach der Einkommenshöhe des Haushalts <sup>1)</sup>							
300– 600 DM .....	2,4	0,1	–	1,2	1,0	0,1	–
600– 800 DM .....	10,4	0,6	0,1	4,4	4,7	–	0,6
800–1200 DM .....	15,1	1,0	0,2	7,8	5,6	0,1	0,4
1200–1800 DM .....	11,0	0,6	0,1	6,4	3,3	0,2	0,4
1800–2500 DM .....	18,6	0,5	0,2	12,8	4,4	0,2	0,5
2500–5000 DM .....	35,9	1,3	0,3	24,9	7,8	0,5	1,1

<sup>1)</sup> Aufgliederung nach einzelnen Einkommensstufen ist unvollständig.

fang des Jahres aus Hypotheken- und Grundschulden (72%) sowie aus Darlehen und Krediten (22%). Durch diesen Sachverhalt wird deutlich, daß der Vermögenszuwachs von 77% fast ausschließlich durch den Hinzuerwerb von Haus- und Grundbesitz und die damit zusammenhängende relativ hohe Verschuldung erreicht wurde. Bezüglich der absoluten durchschnittlichen Schuldenhöhe rangieren die Beamtenhaushalte jedoch mit 23 000 DM weit hinter den Landwirten (64 000 DM) und den übrigen Selbständigen (45 500 DM) an dritter Stelle. Gerade für die Situation der Landwirte ist die hohe Verschuldung bezeichnend, da sie zunehmend gezwungen sind, zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe zinsgünstige Kredite in Anspruch zu nehmen. Es folgen die Angestellten (18 400 DM), Arbeiter (11 200 DM) und die Haushalte von Rentnern, für welche sich nur 4500 DM Schulden errechnen. Die letztgenannte Gruppe verzeichnet außerdem als einzige einen seit 1969 ungefähr gleichbleibenden Schuldenstand.

### Sozial unterschiedlich verteiltes Vermögen

An der Erhebung, die, wie nochmals hervorgehoben sei, einstweilen nur einen begrenzten und keinen voll repräsentativen Überblick über die Vermögensverteilung erlaubt, waren insgesamt 689 Selbständigenhaushalte (Landwirte und übrige Selbständige) beteiligt; das sind rund 8% aller befragten Haushalte. Diese im Vergleich zu den anderen Schichten anteilmäßig kleinste Gruppe verfügte jedoch über mehr als ein Fünftel des Gesamtvermögens und über mehr als ein Viertel der gesamten Schulden aller Haushalte (vgl. *Schaubild 4*). Ein wesentlich ausgeglicheneres Verhältnis zwischen Vermögens- und Schuldenanteilen weisen die Beamten auf. Der Vermögensanteil dieser Gruppe deckt sich fast genau mit ihrem Anteil an der Haushaltsgesamtheit (14%), lediglich der Schuldenanteil liegt mit 18% etwas höher. Die befragten Haushalte der Gruppe der Angestellten, der Arbeiter und der

Nichterwerbstätigen haben durchweg einen geringeren Anteil am Gesamtvermögen als ihrem Schichtanteil entspricht: Die 36% Angestelltenhaushalte verfügten über rund 34% des Gesamtvermögens und etwa 38% der Gesamtschulden. Arbeiter und Nichterwerbstätige (21 bzw. 20%) hatten einen Vermögensanteil von 16% beziehungsweise 14%. Beide Haushaltgruppen wiesen gleichzeitig jeweils die geringsten Schuldenanteile auf.

### Höheres Einkommen – größeres Vermögen – mehr Schulden

Untersucht wurde schließlich, wie sich das gesamte erfaßte Vermögen und die gesamten Schulden auf die verschiedenen Einkommensgruppen verteilen. Aus dem *Schaubild 4* geht hervor, daß mit steigendem Einkommen die Vermögensanteile von 6 auf 28% zunehmen; noch rascher vergrößern sich allerdings die entsprechenden Quoten bei den Schulden, nämlich von 3,5 auf 33%. Auffällig dabei ist, daß in der Einkommensgruppe von 1800 bis 2500 DM das Verhältnis von Vermögens- und Schuldenanteilen übereinstimmt, hingegen bei höheren Einkommen der Anteil der Schulden (33%) den des Vermögens (28%) beachtlich übertrifft. Bei Einkommen zwischen 300 DM und 1800 DM ist die Situation gerade umgekehrt: hier sind die Schuldenanteile geringer als die Vermögensanteile. Trotz aller Vorbehalte und Mängel derartiger, auf freiwilliger Basis durchgeführter Befragungen, gewähren die aufgezeigten Tatbestände einen neuen Einblick in die Vermögensverhältnisse privater Haushalte. Das Statistische Landesamt ist bestrebt durch weitere Vermögenserhebungen die gewonnenen Erkenntnisse zu vertiefen und zu ergänzen. Endziel ist es, die Basis für zeitliche Vermögensvergleiche zu schaffen und durch Kombination mit anderen Statistiken zu einem Gesamtbild des Vermögens der Bevölkerung zu gelangen.

Dipl.-Haush. wiss. Monika Wild